

Der 1. Mai 2012: Autonome am Scheideweg

2012

4. Mai 2012

Veranstaltungen in Berlin

DER 1. MAI 2012: AUTONOME AM SCHEIDEWEG

Trotz besonderer Rahmenbedingungen für die Veranstaltungen und veränderter Strategien der Organisatoren hat sich der Trend zu einem friedlicheren 1. Mai im Jahr 2012 weiter fortgesetzt. Weder das 25-jährige Jubiläum des „Revolutionären 1. Mai“ unter einem CDU-Innensenator noch ein langes Wochenende und angekündigte „Tage des Aufstands“ zuvor oder die Verlegung von Demonstrationen aus den Szenekiezen heraus führten dazu, dass sich die Stadt einer neuen Qualität linker Gewalt ausgesetzt sah.

Sowohl beim Aufzug zur „Antikapitalistischen Walpurgisnacht“ als auch bei der „Revolutionären 1. Mai“-Demonstration stieg die Beteiligung erheblich. Dennoch nahm die Zahl der Festnahmen gegenüber den Vorjahren in der Summe weiter ab, während die Zahl der beim Einsatz verletzten Polizisten leicht stieg. Es sind inzwischen deutliche Tendenzen erkennbar, dass es der linksextremistischen Szene, nicht zuletzt auf Grund einer erfolgreichen Polizeistrategie, immer weniger gelingt, Anhänger für die jährlichen Gewaltrituale zu finden. Doch auch ein sich unter ihren tonangebenden Gruppierungen abzeichnender Führungswechsel wird vorläufig nichts daran ändern, dass die Berliner Autonomen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung weiterhin befürworten, unterstützen und anwenden.

Vorlauf: Ein besonderer Rahmen und veränderte Strategien

Von den Voraussetzungen her war der 1. Mai 2012 kein „Tag der Arbeit“ wie in den Jahren zuvor. Zum einen fanden die Veranstaltungen in diesem Jahr unter besonderen Rahmenbedingungen statt, zum anderen brachten Szene-Akteure



schon frühzeitig veränderte, wenn auch nicht grundsätzlich neue, strategische Optionen ins Spiel.

Zum besonderen Kontext gehörte zunächst, dass sich der 1. Mai 1987, allgemein als Initialzündung des „Revolutionären 1. Mai“ und seinen ritualartigen Ausschreitungen

angesehen, zum 25. Mal jährte. In Mobilisierungsaufufen wurde immer wieder Bezug auf dieses Ereignis und insbesondere die Straßenschlachten und Plünderungen in Kreuzberg genommen, bei denen die Polizei kurzzeitig aus dem Kiez verdrängt werden konnte. So mahnte der renommierte Protestforscher Dieter Rucht: „Das könnte für Aufwind sorgen“.¹ Als weitere potenziell emotionalisierende Komponente kam hinzu, dass mit Frank Henkel nach über zehn Jahren wieder ein CDU-Innensenator die Hauptverantwortung für die Sicherheit Berlins übernommen hat. Obwohl er im Vorfeld vereinzelt als „Scharfmacher“² diffamiert wurde, hielt sich die Thematisierung seiner Person in Grenzen. Ein Vertreter aus dem Organisatorenbündnis zum „Revolutionären 1. Mai“ bemerkte dazu, dass man schon unter dem alten Senat „nicht gekuschelt“ hätte und das auch jetzt nicht tun wolle. Es ginge nicht um Personen, sondern um Verhältnisse.³ Besonders war schließlich noch die terminliche Lage, quasi einem verlängerten Wochenende mit der Walpurgisnacht als „Brückentag“ zum 1. Mai. Eine möglicher Weise vermehrte Anreise so genannter „Krawalltouristen“ war unter dem Aspekt zu beachten, dass im Vorjahr ein Drittel der im Zusammenhang mit Veranstaltungen am 1. Mai Festgenommenen aus anderen Bundesländern stammten.

¹ dpa, 14.4.2012.

² Internetpräsenz „Antikapitalistische Walpurgisnacht“, 3.4.2012.

³ taz, 27.4.2012.

Unabhängig von diesem besonderen Rahmen begann in der linksextremistischen Szene schon frühzeitig eine Diskussion über neue strategische Optionen, die zum wiederholten Male unter die Überschrift des Versuchs einer „Repolitisierung“ des 1. Mai gestellt wurden. Als Hintergrund ist die Unzufriedenheit der Autonomen darüber anzusehen, dass die Befriedungsversuche durch das „MyFest“ im Kiez und die erfolgreiche Doppelstrategie der Polizei aus Kommunikation und Konsequenz den Protesten in den letzten zehn Jahren ihren vermeintlich politisch widerständigen Charakter genommen hätten. „Tage des Aufstands“, unangemeldete oder aus den Szenekiezen herausführende Demonstrationen in den Wedding und nach Mitte sollten ihre Systemkritik in breitere Bevölkerungskreise hineinragen.

Insurrection Days: „Tage des Aufstands“ als politische Kampagne

Bereits Ende 2011 lösten weitgehend unbekannte Gruppen in der Szenezeitschrift „INTERIM“ und nachfolgend auf einschlägigen Internetpräsenzen eine Debatte über die Durchführung so genannter „Insurrection Days“ (etwa: „Tage des Aufstands“) aus. Ansatzpunkt sei ihre Enttäuschung darüber gewesen, dass es trotz vermeintlicher Krise kaum ein Aufbegehren gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gäbe und daher zum Ziel erkoren, das „Widerstandsbewusstsein des einzelnen Menschen“ zu wecken.⁴



In einem „Strategiepapier“ wurde erläutert, dass dazu eine „Konzentration von Aktionen“ erforderlich sei, die zu öffentlicher Aufmerksamkeit führen und den Staat unter Zugzwang setzen würden, der wiederum mit Repression reagieren müsse und damit schließlich Teile der Bevölkerung gegen sich aufbrächte. In sozialen Bewegungen und „prekarierten

⁴ Internetpräsenz „Insurrectiondays“, 5.3.2012.

Milieus" erhoffe man sich dann die natürlichen Verbündeten zur Initiierung eines „Aufstands der Masse".⁵

An dieser etwas einfältigen Theorie entzündete sich sceneinterne Kritik, insbesondere aus den Reihen der etablierten autonomen Gruppierungen. Solche Aktionstage sind zudem nicht neu. 2004 mit den „Mai-Steine-Aktionstagen", 2008 mit den „Actiondays" und 2009 mit den „Actionweeks" gab es ähnliche Ansätze, nicht nur im Vorfeld des 1. Mai. Dennoch fand die vorgeschlagene Option, die „festgefahrene Eventstrategie des 1. Mai in Berlin aufzubrechen" und diesen „ein wenig zu dezentralisieren",⁶ durchaus Befürworter. Nach anfänglich ablehnender Haltung wurden die „Insurrection Days" schließlich auch von den Organisatoren des „Revolutionären 1. Mai" beworben.

Vornehmlich für den Zeitraum vom 26. April bis zum 1. Mai regten die eher am Rand der linksextremistischen Szene zu verortenden Impulsgeber an,

„wenigstens erst einmal für ein paar Tage ein Klima der Unsicherheit und Verlustängste für die Staatliche und Gesellschaftliche Obrigkeit zu erzeugen, bzw. das Normengefüge von Staat und gesellschaftlichen Autoritäten zu erschüttern und somit das Gewaltmonopol in Frage stellen.

Am 1. Mai wissen die Bullen wann und wo es Knallen könnte und waren in den letzten Jahren bestens darauf vorbereitet. Die Nächte und Tage davor wollen wir uns jedoch selbst gestalten. Mal bunt, aber auch tiefschwarz, mal friedlich und bestimmt, mal mit feuriger Wut."⁷

Mit dem Näherrücken dieses Termins kristallisierten sich dann drei Kampagnen heraus, die zu Schwerpunktsetzungen bei Planungen von Aktionen inspirieren sollten: „Nimm dir die Stadt zurück – kostenloser Nahverkehr für alle“, „Berlin anschmieren“ und „Leerstand belegen – Wie wärs mit besetzen?“. Schon vor dem „offiziellen“ Beginn

⁵ Internetpräsenz „linksunten", 3.1.2012.

⁶ Ebenda.

⁷ Internetpräsenz „Insurrectiondays", 8.8.2011, Fehler im Original.

am 26. April kam es gemäß dem Motto „*jederzeit und überall*“ stadtweit zu Aktionen. Ein erstes Selbstbeichtigungsschreiben mit direkten Bezug auf die „Insurrection Days“ betraf das Zerstechen von Reifen an Fahrzeugen des Ordnungsamtes Neukölln am 13. April.⁸ Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt ein paar Tage später ein Aufruf mit „*Aktionsideen*“ gegen die BVG und eine für diese tätige Sicherheitsfirma, in dem u.a. der Einsatz von Elektroschockern gegen Kontrolleure empfohlen wurde. Ebenfalls im Zusammenhang mit der Kampagne für einen kostenlosen Nahverkehr sind außerdem mehrere Fahrkartenautomaten durch Brandsätze beschädigt worden, z.B. an den S-Bahnhöfen Yorckstraße und Westhafen. Als „*Service*“ im Rahmen der Kampagne „*Berlin anschmieren*“ wurde dagegen ein Brandanschlag auf vier Fahrzeuge einer Firma zur Entfernung von „Graffiti“ am 17. April bezeichnet.⁹ Im Sinne von „*Leerstand belegen*“ kam auch zu einigen, eher symbolisch angedeuteten Häuserbesetzungen, u.a. am 28. April in der Weisestraße in Neukölln und tags darauf in der Görlitzer Straße in Kreuzberg, durch die jeweils ein größerer Polizeieinsatz ausgelöst wurde. Auf Grund angeblicher Gewaltanwendungen bei Personalienfeststellungen durch die Polizei, kam es in den folgenden Tagen dann zu mehreren Glasbrüchen an einer Bankfiliale in Tempelhof-Schöneberg und Farbbeutelwürfen auf ein neugebautes Wohnhaus in Friedrichshain.

Insgesamt sind auf der einschlägigen Internetpräsenz mehr als 20 Ereignisse aus dem Zeitraum vom 13. bis 30. April mit Berlinbezug aufgelistet, die von den Betreibern in den Zusammenhang der „Insurrection Days“ gestellt werden. Den Verlauf bewerten sie so:

⁸ Internetpräsenz „linksunten“, 14.4.2012.

⁹ Internetpräsenz „linksunten“, 17.4.2012.

„Wir fanden die letzten Tage bzw. Nächte durchaus aktiver als in den vorangegangenen Jahren rund um den 1. Mai. Zugleich natürlich noch lange nicht so wie wir uns das wünschen.“¹⁰

Allerdings ist bei einer Reihe der dokumentierten Aktionen durchaus fraglich, ob die Ausführenden tatsächlich erst durch einen solchen Rahmen dazu inspiriert werden mussten. Die „Insurrection Days“ stellen letztlich keine neue Qualität linksextremistischer Straf- und Gewalttaten dar, denn Aktionen dieser Art sind – selbst in dieser Häufung – immer wieder im Vorfeld des 1. Mai festzustellen.

Antikapitalistische Walpurgisnacht: Thema Gentrifizierung mobilisiert im Wedding

Als neue strategische Optionen wurden in diesem Jahr auch andere Veranstaltungsorte bzw. Demonstrationsrouten für die Walpurgisnacht am 30. April und den „Revolutionären 1. Mai“ gewählt, die aus den angestammten Szenekiezen heraus führen sollten. Nachdem die „Antikapitalistische Walpurgisnacht“ in den letzten Jahren vornehmlich in Friedrichshain begangen wurde, wurde sie dieses Mal nach Wedding in einen Stadtteil verlegt, der nach Ansicht der Organisatoren wie Neukölln oder Kreuzberg *„die Fleisch- und Betonwerdung kulturrassistischer und sozialchauvinistischer Zuschreibungen“* repräsentiere¹¹ und dem spätestens mit dem Ende des Flughafens Tegel ebenfalls eine *„Gentrifizierungswelle“* bevorstünde.¹²

¹⁰ Internetpräsenz „Insurrectiondays“, 1.5.2012.

¹¹ Internetpräsenz „Antikapitalistische Walpurgisnacht“, 3.4.2012.

¹² Internetpräsenz „Antikapitalistische Walpurgisnacht“, 6.4.2012.

„Deshalb nehmen wir mit dem Wedding einen Bezirk in den Blick, in dem wir hoffen, die Menschen vor Ort mit ihren Problemen direkt zu erreichen, um als frühzeitige und kraftvolle politische Intervention agieren zu können (...) Damit soll die Wut vor Ort genutzt werden, um unseren Protest (...) lautstark auf die Straße zu tragen.“⁴³

Im Aufruf zur Demonstration *„Nimm dir was dir zusteht“* wurde schon vorab auf an der Route liegende, symbolträchtige Objekte zur Kanalisierung der vermeintlichen *„Wut vor Ort“* hingewiesen, so u.a. die Arbeitsagentur in der Müllerstraße, das Bürgeramt am Leopoldplatz und die Ausländerbehörde am Friedrich-Krause-Ufer.¹⁴ Die Strategie war ganz offen darauf abgestellt, die migrantisch geprägte und sozioökonomisch zum Teil abgehängte Wohnbevölkerung in gewalttätige Proteste einzubeziehen. In einer Pressekonferenz am 26. April gab einer der Sprecher des Organisatorenbündnisses unverhohlen zu Protokoll, dass er Farbbeutel- und Flaschenwürfe auf das Jobcenter gutheißen würde.

Schon im Vorfeld der Walpurgisnacht und teilweise unter Bezugnahme auf die *„Insurrection Days“* war eine für den Wedding vergleichsweise hohe Frequenz von Aktionen festzustellen. Insbesondere die Agentur für Arbeit *„als eine der wichtigsten Grundlagen des auf Ausbeutung und Überwachung gründenden Staats“*⁴⁵ stand dabei im Fokus der Linksextremisten. Die auf der Demonstrationsroute am S-Bahnhof Wedding liegende Filiale wurde bereits am 20. April durch Stein- und Flaschenwürfe beschädigt. In den Themenzusammenhang Gentrifizierung wurde dagegen ein im Vorgehen ähnlich gearteter Angriff auf das Quartiersmanagement im Brunnenviertel eine Woche später gestellt, dessen Wirken für die Verdrängung sozial schwacher Bevölkerungsteile mit verantwortlich gemacht wird. Ebenfalls am 27. April kam es zu Farbschmierereien an der Landesgeschäftsstelle der SPD in der Müllerstraße, zu denen jedoch kein Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht wurde. Spätestens an Hand dieses Vorlaufs wurde deutlich, dass mit dem Wechsel

¹³ Ebenda.

¹⁴ Internetpräsenz *„Antikapitalistische Walpurgisnacht“*, 3.4.2012.

des Orts eine besondere Brisanz in die folgenden Veranstaltungen getragen werden sollte.

Die „Antikapitalistische Walpurgisnacht“ begann traditionsgemäß mit einem Konzert, an dem ab dem frühen Nachmittag an der Gerichtstraße bis zu 1.100 Personen ohne besondere Vorkommnisse teilnahmen. Kurz vor 22:00 Uhr setzte ein starker Abstrom in Richtung des Auftaktplatzes zur Demonstration „Nimm dir was dir zusteht“ am S-Bahnhof Wedding ein. Von dort zogen schließlich bis zu 3.300 Personen weitgehend störungsfrei durch den Wedding Kiez, bis der Anmelder die Versammlung am Leopoldplatz

vorzeitig beendete. Der anschließende Abstrom verlief auf Grund des für die Teilnehmer überraschenden Endes zögerlich, aber friedlich. Im vorherigen Verlauf war es vereinzelt zu Stein- und Flaschenwürfen auf Polizeibeamte und zum Einsatz von Pyrotechnik auf den Dächern umliegender Gebäude gekommen. Befürchtungen, dass erlebnisorientierte Jugendliche aus dem Kiez sich an gewalttätigen Aktionen von Autonomen beteiligen würden, erfüllten sich nicht. Insgesamt wurden drei Versammlungsteilnehmer und acht Polizeibeamte verletzt; es kam zu vier Festnahmen.

Das Vorbereitungsbündnis der „Antikapitalistischen Walpurgisnacht“ erklärt die Demonstration in einer Pressemitteilung zu einem vollen Erfolg:



¹⁵ Internetpräsenz „linksunten“, 20.4.2012.

„Der heutige Abend bewies, dass das Anliegen der Veranstaltung ein guter Auftakt sowohl für den heutigen 1. Mai, als auch für kommende soziale Proteste gewesen ist. Dies macht uns Mut, auch weiterhin gegen gesellschaftliche Missstände solidarischen Widerstand zu organisieren (...) Wir garantieren jedenfalls: Wir lassen uns nicht vertreiben und kommen wieder!“¹⁶

Durch die Verlegung von Friedrichshain in den Wedding ist es den Veranstaltern gelungen, die Teilnehmerzahl an der abendlichen Demonstration mehr als zu verdoppeln und dafür auch Teile der ortsansässigen Bevölkerung zu mobilisieren. Allerdings hat dies keineswegs zu einer erhöhten Militanz innerhalb des Aufzugs geführt, sondern im Ergebnis war es die friedlichste Walpurgisnacht der letzten Jahre. Entgegen dem Aufruf ist es nicht gelungen, mit der Angst vor Gentrifizierung Gewalt innerhalb der Demonstration zu befördern. Das „richtige“ Thema zu finden allein genügt nicht, um die Vorbehalte von Betroffenen sozialer Probleme gegenüber gewalttätigen Linksextremisten auszuräumen.

Revolutionärer 1. Mai: Mehr Teilnehmer, weniger Gewalt

Und auch die Demonstration zum Revolutionären 1. Mai, im Szenejargon kurz „18-Uhr-Demo“ genannt, sollte in diesem Jahr ursprünglich aus Kreuzberg heraus ins Regierungsviertel nach Mitte führen. Unter dem Motto *„Der Druck steigt – für die soziale Revolution“* wurde von den Veranstaltern dazu aufgerufen, den Protest *„in das politische Zentrum der Macht“* zu tragen.¹⁷ Thematischer Aufhänger war die aktuelle Politik der Bundesregierung zur Bewältigung der europäischen Finanzkrise. In der Intention ganz klar im Vordergrund stand dabei der Versuch, an den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen eine als „neoliberal“ angesehene Wirtschaftspolitik, wie sie insbesondere von der „Occupy“-Bewegung erfolgreich in breite Bevölkerungskreise hineingetragen wird, anzuknüpfen und diese für extremistische Zwecke zu instrumentalisieren. In einem als Interview ausgegebenen

¹⁶ Internetpräsenz „Antikapitalistische Walpurgisnacht“, 1.5.2012.

Text im Vorfeld des 1. Mai orakelten Vertreter der im Organisationsbündnis federführenden „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin“ (ARAB), dass die ökonomische zur politischen Krise werde und zitierten dazu Mao: *„Es herrscht ein großes Chaos unter dem Himmel, aber die Bedingungen sind exzellent“*.¹⁸ Weiter erläutern sie:

„In den USA, vor allem in Oakland, haben die Occupy-Proteste wichtige Impulse für den Widerstand gesetzt. Hier in Deutschland blieben die Proteste sehr begrenzt (...) Trotzdem haben wir uns in der ersten Bewegungsphase von „Occupy“ zwischen Oktober und November 2011 stark bei den Aktionen engagiert und versucht unsere Inhalte reinzutragen (...) Wir halten auch überhaupt nichts davon solche, vielleicht etwas naiven, Bewegungsansätze vom warmen Sofa als ‚reaktionär‘ und ‚verkürzt‘ abzuurteilen, sondern versuchen mit antikapitalistischen Inhalten zu intervenieren. Nur vom Meckern wird die Linke auch nicht schlagkräftiger. Man muss da, wie Marx das einmal formuliert hat, ‚den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Druckes hinzufügt‘.“¹⁹

Schon 2000 und 2009 wollte man aus dem Kiez heraus, mussten das Vorhaben jedoch – nicht zuletzt wegen versammlungsrechtlicher Bedenken – verwerfen. Auch hierzu entbrannte zunächst eine szeneeinterne Diskussion, u.a. wurde kritisiert, dass die Route nicht genügend Deckungsmöglichkeiten für militante Aktionen biete und man den Kiez nicht unpolitischen Feiern überlassen wolle. Nach diversen Gesprächen mit der Versammlungsbehörde einigte man sich schließlich auf eine Route vom Lausitzer Platz (*„dort wo die Revolte vor einem Vierteljahrhundert ihren Ausgang nahm“²⁰*) zum Bebelplatz am Boulevard Unter den Linden.

¹⁷ Internetpräsenz „Erster Mai“, 19.4.2012.

¹⁸ Internetpräsenz „linksunten“, 29.3.2012.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Internetpräsenz „linksunten“, 30.3.2012.



Allerdings schien von vornherein zweifelhaft, dass der Aufzug so weit kommen würde. Allein schon die Entfernung sprach dagegen und noch viel mehr die an der Wegstrecke liegenden potenziellen Ziele militanter Aktionen. So sollte der Aufzug an der Arbeitsagentur Mitte, an der Wohnungsbaugesellschaft GSW und am Bundesfinanzministerium vorbei führen, die für „Ämter-Willkür“, „soziale Vertreibung“ und „unsoziale Europapolitik“ stünden.²¹ Nicht genehmigt wurde dagegen das direkte Passieren des Axel-Springer-Hauses, wo am 2. Mai der 100-jährige Geburtstag des Namensgebers begangen werden soll, dessen Verlag wegen seiner angeblich „rassistischen und antikommunistischen Hetze“²² als Feindbild der linksextremistischen Szene gilt.

Wie im Vorjahr wurde darüber hinaus ein unangemeldeter Aufzug durch das „MyFest“ angekündigt, der ganz offen darauf zielte, die von dieser Veranstaltung ausgehenden „Befriedungsbemühungen zu unterlaufen“.²³ Das „Myfest gegen Verdrängung“ solle durch Scheinprotest die dem Thema vermeintlich innewohnenden aufständischen Potenziale bändigen. In Aufrufen, in denen wird u.a. dazu geraten wird, sich zu ver mummen und Mundschutz zu tragen,²⁴ setzen die Initiatoren – wie schon die Veranstalter der Walpurgisnacht – auf das Thema Gentrifizierung, weil es sich besonders dazu eigne,

„eine breite Bewegung weit über die ‚linksradikale‘ Bewegung hinauszukriegen. Gerade auf dem ‚Wohnungsmarkt‘ lässt sich einfach zeigen, wie absurd ungerecht der Kapitalismus ist

²¹ Internetpräsenz „Erster Mai“, 19.4.2012.

²² Internetpräsenz „indymedia“, 20.4.2012.

²³ Internetpräsenz „indymedia“, 23.4.2012.

²⁴ Internetpräsenz „indymedia“, 16.4.2012.

(...) Ziviler Ungehorsam und Grenzüberschreitungen sind beim Thema steigende Mieten breit akzeptiert“.²⁵

Tatsächlich setzte sich kurz nach 17:00 Uhr aus dem „MyFest“ heraus eine Ansammlung von ein paar hundert Personen mit Transparenten in Bewegung, die scheinbar ziellos durch die Veranstaltung zogen. Der Aufzug wuchs zunächst auf bis zu 1.200 Personen an, zerfiel dann nach und nach und endete nach weniger als einer Stunde störungsfrei in der Nähe des Kottbusser Tores.

Die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ begann erst mit erheblicher Zeitverzögerung gegen 19:30 Uhr mit etwa 10.000 Teilnehmern. Im Aufzug wurde schon bald vereinzelt Vermummung angelegt und Pyrotechnik gezündet. Entlang der Aufzugstrecke durch den Bezirk Kreuzberg kam es zu Stein- und Flaschenwürfen, u.a. auf eine Bankfiliale, eine Tankstelle und weitere Geschäfte sowie Polizeibeamte. Nachdem die Übergriffe im Verlauf zunahmen und die Polizei verstärkt reagierte, legte der Versammlungsleiter die Leitung der Versammlung vorzeitig nieder, ohne sie zu beenden. Um 21.30 Uhr verfügte der Polizeiführer dann in Höhe des Jüdischen Museums in der Lindenstraße die Auflösung der Versammlung. Die ehemaligen Aufzugsteilnehmer entfernten sich daraufhin in unterschiedlicher Zusammensetzung und in unterschiedliche Richtungen. Vereinzelte Versuche, sich neu zu formieren, scheiterten. Insgesamt kam es an diesem Tag zu 119 Festnahmen; 117 Polizisten wurden verletzt.

Der unter Pseudonym auftretende Pressesprecher des 1. Mai-Bündnisses bewertet vor allem die hohe Beteiligung an der Veranstaltung als Erfolg:

„Zum 25. Jubiläum des Kreuzberger Kiezaufstands war die heutige Demonstration eine deutliche Absage in Richtung der Herrschenden gewesen, dass man sich die Angriffe auf die Lebensumstände der Menschen durch das Kapital nicht länger gefallen lässt.“²⁶

²⁵ Internetpräsenz „indymedia“, 23.4.2012.

²⁶ Internetpräsenz „Erster Mai“, 1.5.2012.

Auf den einschlägigen Internetseiten sind aber auch eine Reihe enttäuschter Kommentare zu finden, dass die sonst übliche Randal im Nachgang der „18-Uhr-Demo“ in diesem Jahr ausblieb. Der Trend zu zunehmender Teilnahme bei gleichzeitig abnehmender Gewalt im Rahmen der Veranstaltungen rund um den 1. Mai hält an. Es bleibt abzuwarten, ob die autonome Szene dieses Signal versteht.

Bewertung: Trotz Wachablösung weiter wie bisher

Mit ritueller Gewalt, wie sie an jedem 1. Mai in Kreuzberg stattfindet, beschäftigt die linksextremistische Szene die Sicherheitsbehörden der Stadt, aber sie findet dadurch keine neuen Mitstreiter für ihren militanten Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Es könnte den Autonomen jedoch gelingen, soziale Bewegungen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, indem sie berechtigte politische Anliegen aufnehmen, wie sie es im Bereich des „Antifaschismus“ schon seit Jahren versuchen. Vordergründig verbunden werden diese Themen zunächst fast immer mit einem diffusen Antikapitalismus, wie beim aktuellen Schwerpunktthema Gentrifizierung. Dahinter steckt jedoch nicht allein die Kritik am ökonomischen, sondern am politischen System insgesamt, welche in linksextremistischer Perspektive zwingend miteinander verbunden sind.

Bisher fehlt den Autonomen jedoch die Fähigkeit zu einem entsprechend grundsätzlichen Strategiewechsel. Sie erkennen nicht oder nehmen bewusst in Kauf, dass sie sich mit ihrem „revolutionären Habitus“ der Möglichkeit berauben, an zivilgesellschaftliche und zum Teil bürgerlich geprägte Proteste nachhaltig anzuknüpfen. In einem Bericht über die Walpurgisnacht auf einer einschlägigen Internetpräsenz heißt es dazu vielsagend:

„Aktionen bedürfen einer Bestimmung des Zieles und der Aktion. Dabei (ist) die konkrete Situation zu berücksichtigen. Revolution heißt nicht Steine schmeißen, sondern den kapitalistischen Staat zu besiegen. Das geht nicht ohne revolutionäre Gewalt. Aber Gewalt muss Mittel zum Sieg sein, nicht zur Niederlage.“²⁷

Große Teile der Autonomen betreiben Gewaltanwendung jedoch eher als Selbstzweck, denn als gezielte politische Aktion – auch wenn sie dies feingeistiger verklären, als bspw. rechtsextremistische Autonome Nationalisten. Und obwohl sich in der linksextremistischen Szene eine Wachablösung andeutet, ist nicht damit zu rechnen, dass es in dieser Hinsicht zu einer grundlegenden Neuaufstellung kommt. Die bisher führende „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) zerfällt zunehmend in Kleingruppen und wird nach szeneeinternen „Spitzelvorwürfen“ kritisch betrachtet. Stattdessen streben die „North East Antifascists“ (NEA) als federführende Organisatoren der „Antikapitalistischen Walpurgisnacht“ in den Bezirken Mitte und Pankow zunehmend eine Art „Platzhirschrolle“ an. Für die „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) gilt analoges für die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ und ihren berlinweiten Führungsanspruch in der linksextremistischen Szene. Beide Gruppen stehen eher für eine Kontinuität tradierter autonomer Aktionsformen als für einen Wandel.

²⁷ Internetpräsenz „indymedia“, 1.5.2012.

Impressum:

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Abteilung Verfassungsschutz
Postfach 62 05 60 10795 Berlin
Tel.: (030) 90 129-0

Die Analyse ist auch über das Internet
abrufbar unter:
<http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
E-Mail: info@verfassungsschutz-berlin.de